

2. Immer wieder muss festgestellt werden, dass Religionsunterricht in den Schulen nicht erteilt wird, sogar über Jahre hinweg glatt ausfällt. Durch welche Maßnahmen wollen Sie den verfassungsrechtlich garantierten Status des konfessionellen Religionsunterrichts in NRW sicherstellen?

AFD

Die Absicherung des Religionsunterrichts ist natürlich eine Frage des Finanzhaushaltes. Insofern liegt das an dem Lehrereinstellungsverfahren und die Mittel, die man für das Lehrpersonal zur Verfügung stellen will. Da hat die AfD die Absicht zu überprüfen, inwiefern Geld für ideologische Bildungsprojekte (Beispiel: Genderlehrstühle) oder für die Finanzierung von Privatinstituten für manchmal doch zweifelhafte Studien (Bertelsmann) umgeschichtet werden kann, um mehr Geld für die Kernaufgaben von Schulpolitik zur Verfügung zu haben. Und dann müssten natürlich die Lehrer selbst etwas dafür tun, dass Schüler und Eltern den Religionsunterricht als einen unverzichtbaren Bestandteil des Bildungskanon betrachten. Also Bereitstellung finanzieller Mittel und Imagepflege wird auch dieses Fach wieder attraktiv machen.

SPD

Das Thema Unterrichtsausfall hat für uns grundsätzlich und für alle Schulfächer eine hohe Priorität. Wir wollen mehr Transparenz über Unterrichtsausfall und seine Ursachen herstellen. Um Unterrichtsausfälle insbesondere bei langfristigen Ausfällen von Lehrkräften wirksam zu vermeiden, streben wir künftig an, den Einsatz von Vertretungskräften zu erleichtern und den Schulen dabei in Anlehnung an die Möglichkeiten der "Selbstständigen Schule" mehr Eigenverantwortung bei der Stellenbewirtschaftung zu geben. Dies alles betrifft selbstverständlich auch das Fach Religion. Bereits heute ist geregelt, dass die Erteilung des Unterrichts durch die Schulleiterin oder den Schulleiter sicherzustellen ist. Soweit der Unterrichtsbedarf durch geeignete Maßnahmen nicht gedeckt werden kann, prüft die zuständige Schulaufsicht, ob durch Neueinstellungen oder Versetzungen Abhilfe geschaffen oder durch zur Verfügung stehende Mittel eine nebenamtliche oder nebenberufliche Erteilung von Religionsunterricht ermöglicht werden kann.

Klar ist auch: nicht zu vermeidende Unterrichtskürzungen (etwa bei längerfristiger Erkrankung einer oder mehrerer Lehrkräfte) dürfen nicht einseitig zu Lasten des Religionsunterrichts gehen. Ist ein längerfristiger Unterrichtsausfall im Religionsunterricht zu befürchten, soll im Einvernehmen mit den Lehrkräften, die die staatliche Lehrbefähigung und die kirchliche Bevollmächtigung besitzen, ein verstärkter Einsatz im Fach Religionslehre angestrebt werden. Ist dadurch eine Abhilfe nicht möglich, ist die zuständige Schulaufsicht zu informieren. Sollte sich im Rahmen unserer Bestrebungen, mehr Transparenz über den Unterrichtsausfall und seine Ursachen herzustellen, weiterer spezifischer Handlungsbedarf in Bezug auf das Fach Religionslehre ergeben, werden wir – gerne auch im Gespräch mit Ihnen – entsprechende Maßnahmen auf den Weg bringen.

PIRATEN

siehe Antwort auf Frage 1

GRÜNE

Wo Religionsunterricht nicht erteilt werden kann, liegt die Ursache nicht im Handeln oder gar Blockieren des Landes. Vielmehr ist die mangelnde Bewerberlage der Grund für unbesetzte Stellen. Ausreichende Kapazitäten für die Ausbildung an den Hochschulen sind vorhanden. Gemeinsam mit den Kirchen gilt es zu überlegen, wie die Attraktivität des Berufs katholischer bzw. evangelischer Religionslehrkraft erhöht werden kann.

FDP

Die Freien Demokraten erachten den von der Landesregierung verkündeten Unterrichtsausfall von 1,8 Prozent als nicht glaubwürdig. Diese Zahlen decken sich nicht mit den Rückmeldungen aus Schulen, von Schülern, Eltern und Lehrkräften. Wir benötigen eine verstärkte Werbung für den Lehrerberuf, darüber hinaus braucht es mehr Anreizsysteme für Lehrkräfte. Letztlich streben die Freien Demokraten eine Unterrichtsgarantie an, die wir durch das Ziel einer 105prozentigen, mittelfristig besser sogar einer 108prozentigen Bedarfsdeckung mit Lehrkräften an den Schulen sicherstellen wollen. Mit großer Sorge betrachten wir die rot-grünen Planungen, nach der Landtagswahl innerhalb weniger Jahre fast 7000 Lehrerstellen abzubauen. Nicht nur gilt Nordrhein-Westfalen laut Studien bereits heute als Bundesland mit den schlechtesten Betreuungsrelationen. Ein solch massiver Stellenabbau würde an Schulen, an denen nur wenige Lehrkräfte mit bestimmten Fächerkombinationen unterrichten, bei fehlenden Nachbesetzungsmöglichkeiten nahezu zwangsläufig den Ausfall des Fachunterrichts zur Folge haben.